

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Karl Nehammer
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.300.121

Wien, am 17. Juni 2024

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Steger, Kolleginnen und Kollegen haben am 17. April 2024 unter der Nr. **18383/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „EU-Schuldenaufnahme“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4:

1. *Wie bewerten Sie die Forderung von EU-Wirtschaftskommissar Gentiloni nach einer neuerlichen EU-Schuldenaufnahme?*
 - a. *Unterstützen Sie diesen Vorstoß?*
 - b. *Können Sie ausschließen, dass Österreich einer neuerlichen EU-Schuldenaufnahme zustimmen wird?*
2. *Haben Sie zu den beschriebenen Aussagen Gespräche mit EU-Wirtschaftskommissar Gentiloni geführt?*
 - a. *Wenn ja, wann?*
 - b. *Wenn ja, welche Position haben Sie in den Gesprächen vertreten?*
 - c. *Wenn ja, welche näheren Daten konnte EU-Wirtschaftskommissar Gentiloni zu der von ihm geforderten EU-Schuldenaufnahme nennen (z.B. Volumen)?*

- d. Wenn nein, wieso haben Sie diesbezüglich kein Gespräch geführt?*
3. *Haben Sie zu den beschriebenen Aussagen mit anderen EU-Vertretern oder Regierungsmitgliedern Gespräche geführt?*
- a. Wenn ja, wann?*
- b. Wenn ja, mit wem?*
- c. Wenn ja, welche Position haben Sie in den Gesprächen vertreten?*
- d. Wenn ja, welche Position hat Ihr Gesprächspartner vertreten?*
- e. Wenn nein, wieso haben Sie diesbezüglich keine Gespräche geführt?*
4. *Sind Ihnen juristische oder wirtschaftliche Gutachten in Bezug auf eine weitere EU-Schuldenaufnahme bekannt?*
- a. Wenn ja, von wem stammen diese Gutachten?*
- b. Wenn ja, was sind die Ergebnisse dieser Gutachten?*
- c. Wenn nein, auf welche Daten stützen Sie Ihre Positionierung?*
- d. Wenn nein, wieso befassen Sie sich nicht mit Vorschlägen, die EU-rechtswidrig sind und darüber hinaus den Wohlstand von EU-Nettozahlerstaaten vernichten?*

Ich verweise auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfragen Nr. 18381/J vom 17. April 2024 durch den Bundesminister für Finanzen und Nr. 18382/ vom 17. April 2024 durch die Bundesministerin für EU und Verfassung.

Zu Frage 5:

5. *Für wie realistisch schätzen Sie die Umsetzung der beschriebenen Aussagen ein?*

Dem Fragerecht gemäß Art. 52 B-VG und § 90 des Geschäftsordnungsgesetzes 1975 unterliegen nur Handlungen und Unterlassungen (vgl. Morscher, Die parlamentarische Interpellation, 1973, 434 f.; Nödl, Parlamentarische Kontrolle, 1995, 104 f.; Atzwanger/Zögernitz, Nationalrat-Geschäftsordnung, 1999, 366). Kein Gegenstand des Interpellationsrechts sind daher bloße Meinungen und Rechtsmeinungen.

Karl Nehammer

